

## **Grußadresse der Gewerkschaften der Region Elbe-Elster**

**Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen,**

**als Vertreter der IG Metall Verwaltungsstelle Finsterwalde und im Namen des DGB-Kreisvorstandes für den Landkreis Elbe-Elster möchte ich alle Teilnehmer des heutigen Brandenburgtreffens der sozialen Bewegungen des Landes Brandenburg hier in der Arche der evangelischen Kirche Finsterwalde recht herzlich grüßen.**

Uns Gewerkschaftern ist es wichtig, daß sich viele Menschen in diesem Land regelmäßig um die Belange der sozial benachteiligten und ausgegrenzten Bürgerinnen und Bürger kümmern. Wir wollen diesen Menschen, oft sind es auch unsere gewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen, eine gemeinsame Stimme geben.

In diesem Land, wo ansonsten der entfesselte Kapitalismus herrscht und marktradikale Kräfte in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ihr Unwesen treiben, haben sogenannte soziale Randgruppen, auch als Prekariat verunglimpft, schon lange nichts mehr zu lachen.

Der DGB Bundesvorstand hat aktuell eine neue Arbeitsmarktstudie herausgebracht, in der festgestellt wird, daß immer mehr Menschen von ihrer eigenen Arbeit oder ausschließlich vom Bezug durch Hartz-IV nicht leben können. Nach Informationen des DGB ist die Zahl der Erwerbstätigen, deren Erwerbseinkommen durch Hartz-IV auf das gesellschaftliche Existenzminimum angehoben werden muß, man bezeichnet diese Gruppe von Erwerbstätigen auch als Aufstocker, bis Mai des letzten Jahres auf 1,2 Mio. gestiegen. Gegenüber dem Herbst 2005 hat sich ihre Zahl um rund 250.000 bzw. 27 % erhöht

Etwa die Hälfte der Hilfebedürftigen mit Job erzielte unterdessen ein Einkommen von 400 € im Monat und mehr, daß sind rd. 600.000 Menschen in der Bundesrepublik.

Die Zahl der erwerbsfähigen Hilfeempfänger insgesamt ist mit Stand Mai 2007 auf 5,362 Mio. Menschen angestiegen.

Längst nicht alle „Hartz-IV- Aufstocker sind das ganze Jahr kontinuierlich beschäftigt. Vielmehr herrscht eine hohe Fluktuation wie bei der Leiharbeit und viele können nicht dauerhaft Fuß auf dem regulären Arbeitsmarkt fassen.

Diese Fakten zeigen, daß sich Menschen mit einer Kombination von Hartz-IV und einem Mini-Job keinesfalls „einrichten“ und zufrieden geben können. Aktuell steigt die Hilfebedürftigkeit bei Personen mit sozialversichertem Job weit überdurchschnittlich.

Immer mehr Menschen gehen einer sozialversicherten, oftmals vollzeitnahen Beschäftigung nach und trotzdem reicht ihr Lohn nicht aus, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das Verarmungsrisiko von Erwerbstätigen ist in den neuen Ländern zweieinhalb Mal höher als im Westen. Dies gilt sowohl für Beschäftigte mit Sozialversicherung wie für Arbeitskräfte mit Mini-Jobs. 5,6 % aller im Osten wohnenden Beschäftigten mit Sozialversicherung mußten im Mai 2007 bereits aufstockend Hartz-IV-Leistungen in Anspruch nehmen. Sie können von ihrer eigenen Arbeit nicht leben, obwohl sie selbst noch Sozialabgaben zahlen müssen.

Trotz Konjunkturbelebung hat sich das Verarmungsrisiko von Erwerbstätigen in den letzten 16 Monaten in Ost und West deutlich erhöht. Im Herbst 2005 erhielten im Osten 3,3 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zusätzlich Hartz-IV und im Westen 1,1 %. Seit Einführung des Hartz-IV- Systems Anfang 2005 hat sich die Quote der Hilfebedürftigen mit sozialversicherter Beschäftigung fast verdoppelt.

Bei den Mini-Jobbern stieg die Hilfequote im Osten bereits auf 29 % an. Da sie nur einen geringeren Verdienst haben, erhalten sie deutlich häufiger Alimentierungs-Leistungen nach Hartz-IV.

Eine untere Schranke bei den Löhnen ist dringend erforderlich, damit die staatliche Subventionierung von Armutslöhnen gestoppt und den Beschäftigten eine existenzsichernde Arbeit in Aussicht gestellt werden kann, von der eine Familie und man selbst leben kann. Mit Mindestlöhnen haben unsere Nachbarn in Europa gute Erfahrungen gemacht. Sie behindern nicht die Integration von Geringqualifizierten in den Arbeitsmarkt, sondern sind Voraussetzung dafür, daß Löhne und Gehälter erzielt werden, die Menschen unabhängig von staatlicher Fürsorge machen. Lohndumping und prekäre Beschäftigung müssen zurückgedrängt werden. Andernfalls müssen Steuermittel in Milliardenhöhe aufgebracht werden und es drohen weitere Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Unternehmen, wenn sich einzelne Unternehmen die Armutsfalle zunutze zu machen und Hungerlöhne durch Hartz-IV aufstocken lassen.

Wir wollen mit ihnen ein Bündnis eingehen, um dem drohenden und bereits täglich stattfindenden Sozialkahlschlag mittels Agenda 2010 und Hartz-IV sowie gegen den Rüstungswahn und Kriegseinsätze der Bundeswehr entgegenzuwirken.

In unserer Verwaltungsstelle ist vor einigen Tagen ein weiterer gewerkschaftlicher Erwerbslosenarbeitskreis gegründet worden, so wie es schon seit längerem in der IG Metall und den befreundeten Gewerkschaften gute Erfahrungen gemeinschaftlichen Handelns zwischen Arbeitnehmervertretern und sozialen Bündnissen auf regionaler sowie überregionaler Ebene gibt.

**Lassen sie uns den 29. März in Potsdam zum gemeinsamen Tag gegen Krieg und Sozialabbau machen.**

**Ich rufe hiermit alle Gewerkschafter unserer Region zur Teilnahme an der 3. gemeinsamen Brandenburger Demonstration der sozialen Bewegung im Land Brandenburg auf und wünsche den Teilnehmern des heutigen Brandenburgertreffens ein gutes Gelingen und einen erfolgreichen Verlauf.**

Glück auf

Frank Ernicke

IG Metall Südbrandenburg